Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 10.—, viertelj. M. 30.— für Abholer monatl. M. 9.50. Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 3.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands, frei ins Haus geliefert, Gesamt-Ausgabe monatlich M. 9.—, vierteljährlich M. 27.—. Auslandsbezugspreis: monatlich M. 10.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 20 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

115. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.25, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. auswärts M. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.40, von auswärts Mk. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreise für die Gesamtauflage Mk. 12.— netto, für Teilauflage Mk. 15.— netto pro Mille. Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693, 14694. — Postscheckkonto 7390. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 5. Verlag Dr. Reinhold & Co. - Leipzig.

Nr. 64 — **Sonnabend, den 5. Februar** — **1921**

Die wirtschaftlichen Folgen der Pariser Beschlüsse

Von

John Maynard Keynes.

Der durch seine Kritik am Versailler Vertrag bekannte englische Volkswirtschaftler John Maynard Keynes hat im „Manchester Guardian" die Pariser Beschlüsse kritisch beleuchtet. Wir geben seinen Aufsatz, der auch in Deutschland Beachtung verdient, hier in wörtlicher Uebersetzung wieder, jedoch unter Weglassung der Einleitung, in der er nur die, unseren Lesern bekannten, Forderungen der Alliierten zusammenfaßt.

Vor dem Krieg betrug die deutsche Ausfuhr ungefähr zehn Milliarden Mark jährlich, und die Einfuhr war noch etwas höher. Zu heutigen Preisen wäre dieselbe Ausfuhr mehr als 20 Milliarden Goldmark wert. Nun ist es klar, daß Deutschland den festen Teil der Leistungen unmöglich anders als durch Entwicklung eines riesigen Ausfuhrhandels wird zahlen können. Denn seine Ausfuhr muß seine Einfuhr wenigstens um die Summe übersteigen, die es zahlen soll; und viele seiner Ausfuhrgüter — z. B. Metall- und Textilwaren — können überhaupt nur erzeugt werden, wenn die Rohstoffe dafür (oder wenigstens ein großer Teil davon) zuvor eingeführt wurden. Ich glaube nicht, daß irgendwer ernsthaft behaupten wird, Deutschland sei in der Lage, seine Ausfuhr Jahr für Jahr und unausgesetzt auf einer Höhe zu erhalten, die seine Einfuhr um, sagen wir einmal, 40 v. H. übersteigt. Das heißt, um ein zahlenmäßiges Beispiel zu geben: Wenn Deutschland einen Ausfuhrüberschuß von 4 Milliarden Goldmark haben soll, so muß seine Gesamtausfuhr wenigstens 14 Milliarden Goldmark betragen. Zwölf Prozent dieser Summe ergeben 1,68 Milliarden Goldmark.

Es wird somit klar, daß die veränderliche Verpflichtung ungeheuer groß ist. Mit einer Gesamtausfuhr von 14 Milliarden Goldmark gegen eine Einfuhr von 10 Milliarden, d. h. also mit einem Ausfuhrüberschuß von 4 Milliarden Goldmark, könnte Deutschland gerade eine feste Summe von 2,32 Milliarden und eine Ausfuhrabgabe von 1,68 Milliarden zahlen, was zusammen 4 Milliarden Goldmark ergibt. Das will heißen, daß ein Handel dieser Höhe schon nahezu für die Zahlung der während der ersten beiden Jahre verlangten kleinsten Rate von 2 Milliarden Goldmark zuzüglich der Ausfuhrabgabe notwendig sein wird. Es ist schwer, sich Zahlen vorzustellen, die die vorgeschlagene Normalzahlung von 6 Milliarden Goldmark mit der Ausfuhrabgabe gestatteten. Aber man kann mit einiger Sicherheit sagen, daß die zwölfprozentige Abgabe von einer Ausfuhr, die einen Uebergewinn von 6 Milliarden Goldmark abzuwerfen imstande wäre, ganz gewiß den Betrag von 2 Milliarden Goldmark überstiege. Die Vorschläge der Pariser Konferenz für die normale periodische Zahlung belaufen sich daher auf eine Forderung von mehr als 8 Milliarden Goldmark jährlich: das ist das Doppelte der höchsten Zahl, die, soweit meine Kenntnis reicht, irgendeine sachkundige Persönlichkeit in England oder in den Vereinigten Staaten jemals zu rechtfertigen versuchte. Es sei aber daran erinnert, daß Deutschland, nach den letztveröffentlichten Statistiken, gegenwärtig ein Ausfuhrdefizit hat.

Die Pariser Vorschläge können daher nicht ernster gemeint sein, als es der ursprüngliche Vertrag war. Sie stellen nur einen neuen Zug in einem Spiele dar, auf den die Spieler selbst ganz gewiß nicht mehr hereinfallen. Lloyd George glaubt, daß er etwas erreicht habe (und hat vielleicht auch etwas erreicht), wenn es seiner Ueberredungskunst gelingt, Herrn Briands Zustimmung dazu zu erlangen, daß 2+2 nicht = 12, sondern nur = 8 sei. Und Herr Briand hofft, daß seine Beredsamkeit in der französischen Kammer doch noch erreichen werde, die 8 so bestechend anzupreisen, daß er jedes Plädoyer des Herrn Poincaré, wieviel besser es für Frankreich wäre, wenn 2+2=12 wäre, damit übertrumpfen könne. Ich zweifle, ob es jemals in aller Geschichte etwas Aehnliches gegeben hat. Man diagnostiziert es vielleicht am besten als Folge jener unglücksschwangeren Entwicklung dessen, was wir als Propaganda zu bezeichnen gelernt haben. Dieses Ungeheuer ist der Herrschaft seiner Urheber entglitten: davon allein rührt die außergewöhnliche Lage her, daß die mächtigsten und intelligentesten Staatsmänner der Welt — unter dem Zwange von Kräften, denen sie sich nicht entziehen können —, genötigt sind, sich Tag für Tag zusammenzufinden, um die Einzelheiten von Unmöglichkeiten zu verhandeln.

Es wäre leicht, nun noch darzulegen, wie Deutschland, wenn es den riesigen Ausfuhrhandel, den die Pariser Vorschläge im Auge haben, wirklich erreichen könnte, nur dadurch dazu in der Lage sein könnte, daß es einen Teil des englischen Stapelhandels von den Weltmärkten verdrängte. Für welche Art Ausfuhrgüter, können wir fragen — Ausfuhrgüter, die über seine gegenwärtige Ausfuhr hinausgehen —, wird Deutschland im Jahre 1922 (weiter wollen wir zunächst gar nicht denken) Märkte solchen Umfangs finden, daß es imstande wäre, einschließlich der Ausfuhrabgabe, die es in diesem Jahre zu zahlen haben wird, Beträge von 3—4 Milliarden Goldmark abzuführen? Deutschlands fünf Hauptausfuhrgüter vor dem Kriege waren Eisen und Stahl, Maschinen, Kohlen und Koks, Wollwaren und Baumwollwaren. Welcher dieser Handelszweige wird es, nach der Pariser Meinung, auf eine noch nicht dagewesene Höhe bringen? Oder wenn nicht diese: welche anderen? Und wie soll es die Finanzierung der Rohstoffeinfuhr bewerkstelligen, die (außer bei Kohle und Koks) Vorbedingung der Verarbeitung ist, — wie soll es die Finanzierung bewerkstelligen, wenn die erzielten Warenerlöse nicht mehr zur Rückzahlung der Kredite verfügbar sind? Ich stelle diese Fragen für das Jahr 1922, weil viele Leute irrtümlicherweise glauben, daß, während die vorgeschlagene Regelung für die späteren Jahre fraglich sei — nur die Zeit könne das erweisen —, doch wenigstens eine Art durchführbaren Anfangs mit ihr gemacht sei. Diese Fragen sind ernst und praktisch, und sie verdienen beantwortet zu werden. Wenn die Pariser Vorschläge mehr als Wind sind, so bedeuten sie, daß die Kanäle des internationalen Handels vollkommen umgebaut werden müssen. Wenn beabsichtigt wird, irgend etwas auch nur entfernt ihnen Gleichkommendes tatsächlich durchzuführen, so sind die Rückwirkungen auf den Handel und die Industrie Englands unübersehbar. Es ist eine Schande, daß sie in der pokerhaften Manier zustande kamen, von der uns die Pariser Meldungen berichten.

Noch eine andere Seite der Sache verdient Erwähnung. Eine Summe von vier Milliarden Goldmark — um den Betrag zu nehmen, der in ziemlich unmittelbarer Nähe steht — stellt beim gegenwärtigen Valutastand mehr als 50 Milliarden Papiermark dar. Die gegenwärtigen Einkünfte der deutschen Reichsregierung betragen etwa 30 Milliarden, ihre Ausgaben etwa 100 Milliarden. Der deutsche Finanzminister wird also, wenn er seine Schulden bezahlen soll, vor dem Problem stehen, seine Einnahmen zu verdreifachen und seine Ausgaben gleichzeitig um die Hälfte zu kürzen. Und einige Jahre später wird er seine Einkünfte wiederum verdoppeln müssen. Wiederum befinden wir uns in der Region der Phantasie.

Und wenn er es nicht tut, was wird dann geschehen? Einige Zeitungen meinen, dann werde die Reparationskommission eingreifen, die Zölle erheben und die Steuern eintreiben. Welche Versuchung für diesen Finanzminister, sie zu bitten, es doch sofort zu tun! Der Vorschlag ist, wenn er tatsächlich gemacht worden ist, ein glänzendes Beispiel dafür, daß jeder Gedanke, wenn der Geist erst einmal den festen Boden verlassen hat und in den Sphären der Einbildung herumschweift, genau ebenso gut ist wie jeder andere.

Nichtsdestoweniger bedeutet die Vertagung von Ueberlegungen über wirklich durchführbare Leistungen einen großen Triumph Lloyd Georges auf dieser Konferenz. Er hat sich nur denjenigen französischen Wünschen gefügt, die unmöglich verwirklicht werden können; und es ist ihm bisher gelungen, seine Einwilligung in Dinge, die verwirklicht werden können, zurückzuhalten.

Es ist noch nicht ganz klar, welche Beziehungen man diesen neuen Vorschlägen zu dem Vertrag selbst beimißt. Offensichtlich schieben sie ihn beiseite. Sie führen Dinge ein, die im Vertrag nicht vorgesehen sind, sie erfordern daher Deutschlands Zustimmung zu einem neuen Vertrag. Es ist nicht möglich, ihre geldliche Last genau mit derjenigen des Friedensvertrages zu vergleichen. Ich glaube, daß sie etwas geringer sind — wenn ich eine Schätzung wagen darf: zwei Drittel oder drei Viertel der Vertragsforderung. Aber solange sie übermäßig sind, verschlägt es nichts, wie hoch das genaue Maß ihrer Uebermäßigkeit sei. Solange unsere Forderungen mit den Tatsachen nichts zu tun haben, ist ihre genaue Form bedeutungslos. Diese Vorschläge bringen uns also der Lösung des europäischen Problems nicht näher. Die betroffenen Parteien sind hinsichtlich ihrer Berechnung dessen, was Deutschland wirklich zahlen wird, nicht besser gestellt, als zuvor und können keinerlei Pläne darauf aufbauen. Die Wiederherstellung des normalen Wirtschaftslebens ist für eine spätere Zeit vertagt. Der nächste Akt des Schauspiels wird erst Ende Februar anheben, wenn die Konferenz in London, bei der deutsche Vertreter anwesend sein werden, beginnt. Diese wenigstens werden die Frage voraussichtlich ernst behandeln. Denn alles, was sie jetzt unterschreiben, wird mehr moralisches Gewicht haben, als der Vertrag selbst jemals haben kann. Vielleicht rechnet Lloyd George damit, daß ihm dies eine neue Aussicht bieten werde, zu vernünftigen Ergebnissen zu kommen. Er glaubt vielleicht, daß er die Franzosen einen Schritt auf seinem Wege mitgeschleift habe und daß das sehr geschickt von ihm gewesen sei; daß seine Kritiker langweilig und ungelenk seien, und daß er, wie gewöhnlich, sein Bestes tue.

Aber wir werden niemals der Schlinge entrinnen, in die wir uns durch Schiebungen und Tricks selbst verwickeln. Sicher wird die Wahrheit eines Tages ans Licht kommen. Für eine Lage wie die gegenwärtige gibt es aber keinen anderen Weg, als sie offen zu bekennen. Der Gedanke an die beiden Premierminister, die sich in Paris über törichte Formeln den Kopf zerbrachen — Formeln, deren Torheit sie genau kannten —, der Gedanke an Herrn Loucheur, der dabei geschäftig zwischen den beiden umherschwirrte, dieser Gedanke ist für jeden, der seine Bedeutung [illegible] steht, nichts anderes als der Gedanke an einen kaudern[illegible] erfüllten Alpdruck.

Keine Hoffnung auf Amerika

Berlin, 4. Februar. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) In einer Berliner Mittagszeitung, von der man weiß, daß gewisse Fäden zu einer Ententekommission in Berlin hinüberlaufen (es handelt sich um die „Neue Berl. Ztg." Die Schriftleitung.), wird heute die angebliche Aeußerung eines Mitgliedes der deutschen Regierung über die Vorbereitungen für London erörtert. Es kann mit aller Entschiedenheit festgestellt werden, daß kein Mitglied der deutschen Reichsregierung eine derartige Darlegung dem Blatte übergeben hat. In politischen Kreisen gibt man sogar dem Verdachte Raum, daß dieser Bericht einen Versuchsballon darstellt, wozu die Aeußerung über die Einwirkungsmöglichkeit der Ententehofschofter in Berlin auf die gegenwärtige politische Lage auch eine gewisse Berechtigung gibt. Es ist ganz ausgeschlossen, daß ein deutsches Regierungsmitglied die Hoffnung ausgesprochen habe, daß Amerika und die neutralen Staaten Einspruch gegen das Diktat der Alliierten erheben werden. Im Gegenteil glaubt man in Regierungskreisen entschieden vor jedem unangebrachten Optimismus nach dieser Richtung warnen zu müssen, insbesondere was Amerika anbelangt. Die Haltung der amerikanischen Presse gegenüber dem Vorschlag der 12prozentigen Ausfuhrabgabe geht offenbar auf rein amerikanische geschäftliche Interessen zurück und dürfte auf die amerikanische Politik nicht so viel Einfluß ausüben, um sie zu einer Intervention zu veranlassen. Die in einigen politischen Blättern Amerikas zum Ausdruck gebrachte Absicht, den Friedensvertrag zu ratifizieren, zugleich aber den Völkerbundsanner vollkommen abzulehnen, würde, wenn dies zur Ausführung käme, durchaus nicht günstig für Deutschland sein, da dieser Annex die einzige Sicherung des Friedensvertrages darstellt.

„Die Deutschen scheinen zu glauben"

London, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die „Times" schreiben: Die Sanktionen werden auferlegt werden, wenn Deutschland entweder die Beschlüsse über die Entwaffnung oder die über den Schadenersatz nicht zur Ausführung bringt. Die Deutschen scheinen zu glauben, daß die finanziellen Bedingungen von Paris als Vorschlag zu betrachten seien, aber sie wissen sehr gut, daß diese Bedingungen Beschlüsse sind. Sie können in London Reden halten wie sie in Spa Reden hielten, aber man wird ihnen nicht gestatten, daß sie durch Unterhandlungen eine völlige Revision des Friedensvertrages erreichen.

*

London, 4. Februar. „Westminster Gazette" spricht über die Erklärung des Reichsministers Simons mit Bezug auf die Entwaffnung. Das Blatt sagt, die Alliierten hätten es in der Hand, Deutschland Strafen aufzuerlegen; wenn jedoch eine tatsächliche Wiedergutmachung erzielt werden solle, so müsse sie das Ergebnis einer Art von Uebereinkunft sein. Jetzt sei die Reihe an den Deutschen, ihre eigenen Vorschläge vorzulegen. Diese würden jedoch wenig Nutzen haben, wenn sich die Deutschen ebenfalls nach einer Seite verirrten, wie dies die Alliierten nach der anderen Seite getan hätten. Die Deutschen täten gut, endlich die Höchstsumme, die sie zu zahlen in der Lage sind, zu erwägen und ihren Standpunkt dann eingehend zu begründen.

Briands schlechtes Gedächtnis

Berlin, 4. Februar. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) In politischen Kreisen Berlins weist man die Aeußerung des französischen Ministerpräsidenten Briand in der französischen Kammer, Deutschland schulde Frankreich beträchtliche Summen, mit Entschiedenheit zurück. Es könne keine Rede davon sein, daß Frankreich bisher Deutschland Geld vorgeschossen habe, mit dem es seine Wiederaufbaukosten bezahle. Der französische Ministerpräsident scheine sich offenbar nicht mehr der deutschen Barleistung von 20 Milliarden Goldmark zu erinnern und zu vergessen, daß Frankreich in den deutschen Kolonien und anderen deutschen Besitzstücken reale Pfänder in der Hand hat, die den Wert der bisher entstandenen französischen Wiederaufbaukosten bei weitem übersteigen.

Die bayerischen Quertreiber ruhen nicht

E. E. Berlin, 4. Februar. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die Erklärung der Regierungsparteien, die der demokratische Abg. Schiffer am Mittwoch im Reichstag abgegeben hat, war auch mit der Bayrischen Volkspartei vereinbart und in ihrem Namen vorgetragen worden. Wenn es in dieser Erklärung hieß, man wolle in der Entwaffnungsfrage die im Friedensvertrag und in Spa übernommenen Verpflichtungen loyal ausführen, so war in dieser Fassung ein Kompromiß mit der Bayrischen Volkspartei zu erkennen. Aber auch diese vorsichtige Fassung versprach doch offenbar Entgegenkommen, während nur die Deutschnationalen als einzige Partei jedes Entgegenkommen ablehnen wollen.

Jetzt liegt nun eine Auslassung aus Kreisen der Bayrischen Volkspartei aus München vor, in der gesagt wird, daß die Reichsregierung anscheinend zu nutzlosem, unglückseligem Entgegenkommen in der Entwaffnungsfrage bereit sei. Wir meinen, die Bayrische Volkspartei habe ganz genau gewußt, wie weit die Regierung nachzugeben gedenkt, als die Fraktion ihre Zustimmung zu der vereinbarten Erklärung der Koalitionsparteien gab. Daß die Reichsregierung etwa inzwischen sich zu einem weiteren Entgegenkommen entschlossen habe, ist durchaus nicht anzunehmen. Es scheint also, als ob die Bayrische Volkspartei Lust zu Seitensprüngen habe; denn sie erklärt weiter, daß Deutschland die im Friedensvertrag und in Spa übernommenen Verpflichtungen schon so loyal durchgeführt habe, daß zu tun nichts mehr übrigbleibe. An dem vorläufigen Bestand der Bayrischen Einwohnerwehr dürfe nicht gerüttelt werden. Nun, das Wort „vorläufig" ist dehnbar. Wir glauben allerdings, daß die Reichsregierung und auch die Koalitionsparteien der Meinung sind, daß um die bayrischen Einwohnerwehren ein schwerer Konflikt mit der Entente nicht riskiert werden darf, und es ist anzunehmen, daß auch Bayern sich der allgemeinen Ueberzeugung fügen wird, wenn sie ihr in der in diesen Tagen zusammenkommenden Konferenz aller deutschen Ministerpräsidenten nahegebracht wird. Auch Herr von Kahr wird ja zu diesem Zwecke nach Berlin kommen. Er wird sich überzeugen, daß hier überwiegend die Meinung der Bayrischen Volkspartei, wonach es eine Verschiedenheit in der Reparations- und in der Entwaffnungsfrage nicht gebe, nicht geteilt wird. Man ist vielmehr in allen maßgebenden Kreisen der Meinung, daß die Bedeutung der wirtschaftlichen Zumutungen unvergleichlich viel größer ist, als die der militärischen. Wenn die angeführte Stimme der Bayrischen Volkspartei weiter androht, es würde eine Spannung zwischen Bayern und dem Reich entstehen, falls man diese beiden Fragen verschieden behandeln wolle, so ist das gerade jetzt außerordentlich zu bedauern.

Das „Nein" des bayerischen Kabinetts

München, 4. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Heute vormittag fand ein Ministerrat über die Pariser Beschlüsse statt, zu dem sämtliche Minister versammelt waren. Es handelte sich darum, dem bayrischen Ministerpräsidenten v. Kahr, der heute abend zu der Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder nach Berlin fährt, das einstimmige Nein des Ministerrates mit auf den Weg zu geben.

Am Sonnabend wird der Stadtrat München in einer öffentlichen Sitzung gegen die Pariser Beschlüsse protestieren. Die sozialdemokratische Partei Münchens veranstaltet eine Protestkundgebung am Sonntag vormittag.

SLUB
Wir führen Wissen.